

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien

E-mail: ggae@gmx.at

www.atomgegner.at

Nummer 1, März 2012

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

1 Jahr nach dem Atom-Super-Mega-GAU in Fukushima

Am 11. März 2011 trat ein, was viele nach Tschernobyl nicht mehr für möglich gehalten haben – ein noch größerer Super-GAU, d.h. ein noch größerer Atomunfall. Aber was nicht sein darf, durfte auch in den Medien nicht sein. Es wurde über Wochen so getan, als ob man die Atomkatastrophe im Griff hätte. Erst langsam ließ man die Katze aus dem Sack und am Ende war klar, dass in allen betroffenen Atomreaktoren eine Kernschmelze, also der größte anzunehmende Unfall (GAU), stattgefunden hat.

Um das nicht einzugestehen, machten japanische Atommafia, japanische Regierung und deren Atomindustrie-Verbündete auf der ganzen Welt eine tödliche Beschönigungs- und Beschwichtigungs-Propaganda. Zu diesem Zweck wurden die Menschen in und rund um Fukushima nicht oder nur halbherzig evakuiert, gigantische Überschreitungen der Grenzwerte ignoriert und verharmlost, verseuchte landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel weiterhin verkauft.

Um „Panik zu verhindern“, wie die offizielle Propaganda heißt, wurden Grenzwerte als vertretbar bezeichnet, die anderswo bereits als höchst gesundheitsgefährdend gelten. Zum Beispiel sollen sich die JapanerInnen laut der Atommafia-Organisation IAEA dauernd

auf ein Leben mit erhöhter Radioaktivität einstellen. So riet die IAEA den Behörden, nicht „überevorsichtig“ zu sein. Ein Abwägen, inwieweit Sanierungsmaßnahmen auch wirklich sinnvoll sind, wird empfohlen. „Geringfügig“ verstrahlte Erde bis zu einer Obergrenze von 20 Milli-Sievert pro Jahr könne demnach als „unbedenklich“ eingestuft werden. Diese Dosis soll explizit auch für Kinder gelten. Noch im April 2011 hatten Vertreter der IAEA dies als deutlich zu hoch für Kinder eingestuft. Zum Vergleich: In Deutschland ist dies die Obergrenze, die „beruflich strahlenexponierten Personen“ in einem Jahr zugemutet wird. Auch im 230 km von Fukushima entfernten Tokio fanden sich so genannte Hotspots (Flächen mit extremer Strahlung), gemessen nicht etwa von Behörden, sondern meist von besorgten Eltern, die sich inzwischen organisiert haben und eigene Messungen durchführen.

Der Betreiber der AKW-Anlage in Fukushima, Tepco, gibt bis heute keinen großen Unfall zu, ja erst vor kurzem wurde erklärt, dass man den Unfall im Griff habe und die Katastrophe vorbei sei. Ein japanischer „Experte“ verrät die Denkweise der Atombetreiber in Wirtschaft und Politik: Es wird schon nicht so schlimm sein, die Bevölkerung wird das nicht so schnell

bemerken, die Folgen treten ja oft erst nach 20, 30 Jahren auf, also erhöhte Krebsraten usw. usf.

Der japanische Autor Haruki Murakami sagte z.B. unlängst: „Es gibt niemanden, der die Verantwortung übernimmt ... Ich finde, dass die Spitzenmanager von Tepco eigentlich ins Gefängnis gehören! Aber die japanische Staatsanwaltschaft erhebt keine Anklage. Das finde ich überaus merkwürdig.“ (Ö1-Magazin „gehört“ 3/2012)

Mittlerweile ist aber die Ablehnung von AKW und der Protest gegen AKW so groß geworden, dass nicht nur in Deutschland, in der Schweiz, in Italien oder in Belgien die Atomprogramme (vorerst) zurückgestutzt oder nicht wieder ausgemottet wurden (Italien). In Japan sind von den 54 AKWs derzeit noch 3 am Netz. Bis Mai 2012 sollen auch diese vom Netz genommen werden.

Je größer die Unfälle, desto größer die Lügen

Wer nun glaubt, dass – mit zunehmendem Alter der AKW – den immer größer werdenden Risiken der Atomindustrie von Seiten der Regierung entgegengetreten wird, der täuscht sich. Je größer die Risiken, desto mehr wird beschwichtigt, vertuscht, gelogen. Wie wir schon in unserer letzten Aussendung anhand z.B. der Schweiz dargelegt haben, denken die Atomkonzerne und ihre politischen Handlanger gar nicht daran, vom Atomprofit auf Kosten Gesundheit und Leben der Menschen zu lassen. Im Gegenteil: Dieselbe japanische Regierung, die bis Mai 2012 zu Überprüfungs Zwecken alle AKW vom Netz nimmt (was eindrücklich zeigt, dass es entgegen der Propaganda der Atomindustrie auch ohne AKW geht, kein Chaos ausbricht, keine massive Einbuße des Lebensstils erfolgt) diskutiert gleichzeitig, sich alle Optionen offen zu halten, d.h. im Klartext: Sie strebt eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten von

derzeit 40 auf 60 Jahre an !!! **Nicht das Abschalten von AKW beeinträchtigt massiv unseren Lebensstil, sondern gerade eben der todfährliche Weiterbetrieb!**

In den USA soll erstmals seit 30 Jahren wieder ein AKW errichtet werden, in Finnland ist eines in Bau, in Polen soll ebenfalls ein AKW gebaut werden. Schützenhilfe erhält die europäische Atomlobby dabei von der EU selbst: die sog. „Energy Roadmap“ plant 40 AKW-Neubauten bis 2030! Im nächsten EU-Atomforschungsrahmenprogramm 2014 bis 2018 will die EU insgesamt 4,4 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern in die Atomforschung stecken. Österreichs Anteil 105 Mio. Euro. Sparen bei den Menschen, aber Millionen für die Atomlobby.

Werden jetzt AKW schnell und dauerhaft geschlossen? Nein, es werden jahrzehntelang „Ausstiegsszenarien“ gewälzt, die dann – in der Hoffnung, dass sich die Protestwellen legen oder die Menschen sich mit ihren die Gesundheit und Leben gefährdendem Schicksal abfinden – allenfalls wieder abgeändert werden, wie dies ja schon bei den diversen „Ausstiegs“-Plänen vor Fukushima der Fall war. Für die Atombetreiber aller Länder und Konzerne gilt: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Und weil sie ihren Profitstrom nicht abschalten wollen, gehen die Atommafia-Konzerne in die nächste Runde. Die heißt: Wir brauchen Atommülllager. Russland sucht eines und Finnland will eines an der Ostsee bauen. In Bohunice, ja nicht wirklich weit von Österreich, soll ein „Zwischenlager“ entstehen und die Schweiz macht auch einen neuen Anlauf. Die Atommüllpläne verraten auch, dass keine Eindämmung der Atomkraft, sondern deren jahrzehntelanger Weiterbetrieb geplant ist: Das verraten die verschiedenen Konzepte und geplanten Größen der Lager – die nirgendwo auf der Welt sicher sind: Erdbeben, Wasser- und Salzeintritt machen Stollen und Fässer

undicht – siehe allein in Deutschland das todgefährliche Fiasko um die Atomlagerstätten Gorleben oder Asse.

Atomfreies Österreich?

In Österreich gibt sich die Regierung weiterhin gerne atomablehnend. In Wirklichkeit aber tut sie alles, um der internationalen Atomlobby nicht weh zu tun, ja sie zu fördern. Weder ist Österreich, dessen Bevölkerung 1978 per Volksentscheid NEIN zur Atomenergie gesagt, hat aus der IAEA, noch aus EURATOM ausgetreten. Im Gegenteil für beide Atomorganisationen, bei denen es sich auch zeigt, dass es zwischen der wirtschaftlichen und der militärischen Atomnutzung keine Grenze gibt, wird Geld für „Forschung“ und „Sicherheit“ in Millionenhöhe jährlich zur Verfügung gestellt. Atombomben und AKW sind siamesische Zwillinge. Es gibt keine friedliche Nutzung der Atomenergie. AKWs töten schon in Friedenszeiten Menschen, Atombomben in Kriegszeiten.

Wer da glaubt mit Atomstromimport= verboten der Atomlobby das Handwerk

zu legen, wie Greenpeace, Global usw., der betreibt das Geschäft der Atom-Verschleierer und letztlich der Atomlobby. Wie beim Klimaschutz der Kauf von CO2-Zertifikaten unsere Umwelt nicht besser macht, dient auch die Zertifizierung von Strom als „atomfrei“ nur den Stromkonzernen: So verkaufen sie sich als umweltfreundlich, obwohl sie es nicht sind. Schon seit Jahren wird z.B. aus deutschem AKW-Strom für Pumpspeicherwerke quasi über Nacht österreichischer „Ökostrom“, der am nächsten Tag als „grüner“ Strom ins Netz geht

Lassen wir die Atomlobby in Wirtschaft und Regierung gewähren, werden sie ihren Profit bis zu unserem bitteren Ende vorantreiben, ist doch aus der Sicht der Atomindustrie Atomstrom die einzige Alternative gegen den Klimawandel oder gegen die Energieabhängigkeit von den Islamstaaten. So sollen wir weichgeklopft werden, diese tödliche Profitwirtschaft über uns und unsere Kinder und Kindeskinde ergehen zu lassen – mit all den negativen (Erbschäden)Folgen!

Von der Krise bis zum Krieg

Schon vor der Weltwirtschaftskrise 2008 und erst recht danach haben Finanzmagnaten durch riesige Spekulationen Milliarden Gewinne gemacht.

11 Jahre lang waren die Zinsen für europäische Staatsanleihen auf annähernd gleichem Niveau. Ab Dezember 2009 stiegen sie erst für Griechenland, 2010 für Irland, Portugal (über 10%) und 2011 auch für Spanien, Italien (über 5%). Vorangetrieben wurde diese Verschuldung durch das Wechselspiel zwischen der Bonitäts=herabstufung durch die US-Ratingagenturen und der Spekulation mit den sog. „Credit default swaps“ (CDS). Mit diesen Finanzprodukten kann man auch

darauf wetten, dass sich die Bonität eines Staates verschlechtert, ohne die Staatsanleihen zu besitzen! Je mehr man darauf spekuliert, um so mehr steigen auch die CDS-Prämien und damit auch der Wert der zu niedrigen Prämien abgeschlossenen CDS. Durch diese Milliarden Spekulation (haben die großen Kapitalgruppen wieder ihre Profite vergrößert und damit) hat die Verschuldung der Staaten in Europa um 1/3 (33%!) zugenommen. (Quelle: St. Schulmeister: Endspiel um den Euro–Die Presse 18.06. 2011)

Ende 2007 erreichte das Volumen von CDS-Verträge schon fast 60 000 Milliarden Dollar, Mitte 2011 noch immer

ca. 32 000 Milliarden Dollar, Tendenz steigend.

Die europäischen Regierungen könnten der Spekulation auf Staatsanleihen einen Riegel verschieben, z.B. durch Ausgabe von Krediten zu 1% direkt an die Staaten, das tun sie nicht. Sie fungieren wie immer, als direkte Diener der Banken und ihrer Auftraggeber und liefern unsere Staatshaushalte (also uns!) völlig den riesigen Geschäften einer Handvoll von Großinvestoren, Spekulanten aus. Diese bestimmen, wo es lang geht.

Schon in den letzten Jahren hieß es: Wir müssen sparen und Opfer bringen.

Beim letzten Budget in Österreich (2010) kam es zu massiven Kürzungen für Arbeitende, Familien, Pflegebedürftige, bei Schulen, Sozialeinrichtungen usw. Die Masse der Bevölkerung wurde um weitere 11 Milliarden Euro bis 2014 geschröpft. Die Gewinne der Aktionäre stiegen! Die Verschuldung der privaten Haushalte bei den untersten Einkommen nahm weiter zu. In den österreichischen Gemeinden sind schon 2009 u. 2010 die Gelder für die kommunalen Dienstleistungen um 18% gesenkt worden, d.h. Gelder für den Erhalt von Schulen und Kindergärten, Wasserver- u. entsorgung, für Freizeit, Kultur usw. fehlen.

Nun, 2012, heißt es wiederum, das Volk, wir alle, müssen sparen!

Eine sog. Schuldenbremse muss her. Mindestens 26 Milliarden € sollen in den nächsten 5 Jahren auf Kosten der Bevölkerung eingespart werden. Unter dem Vorwand der Ausgeglichenheit wurden hauptsächlich Kürzungen bei den Pensionen, im sozialen Wohnbau, im Gesundheitswesen beschlossen! Die wirklich Reichen trifft es wieder nicht, selbst eine österreichische Finanztransaktionsteuer kommt nur, wenn sie EU weit beschlossen würde. Und sie wäre auf höchstens 0,1% bei Aktien, bei Derivaten gar nur 0,01% geplant. Weder die Anhebung der Einheitswerte, noch eine Erbschaftsteuer bzw. Vermögens-

steuer wurden beschlossen. (Eine Vermögenssteuer von 1% auf das Finanzvermögen der Superreichen würde mindestens 5 Milliarden Euro! bringen) Die SP-Regierenden sind wieder einmal Erfüllungsgehilfen für „die oberen Zehntausend“. Das Sparpaket wird den Lebensstandard der Menschen weiter senken, letztlich die Arbeitslosigkeit fördern. Sparen will der Staat weiters noch mehr bei Investitionen im Öffentlichen Verkehr, beim Umweltschutz, bei Bildung und Kindererziehung, also bei Investitionen in die Zukunft. Die Politik und die Medien behaupten tagtäglich, wenn wir nicht sparen, dann wird die Krise noch schlimmer, Arbeitslosigkeit, Armut drohe uns und wir würden die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel setzen. Was für eine schamlose Lüge! Das Gegenteil ist wahr. Ihre Politik, ihre Wirtschaft treibt uns in die Krise! Wahr ist, sie wollen auf unsere Kosten sparen, damit sich ihr Reichtum weiter vermehrt. S i e gefährden unsere Lebensgrundlagen, s i e setzen die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel! R. Sikdelsky, (Mitglied des britischen Oberhauses u. emeritierter Prof. f. politische Ökonomie -Warwick University) bestätigt, was schon andere Experten vor ihm ausgeführt haben:

Es passiert nichts, wenn Staaten ihre Schulden nicht zurückzahlen. Das ist schon oft passiert. (z.B. in den USA, Argentinien usw.) ... Regierungen müssen ihre Schulden, zum Unterschied von Privatpersonen, nicht zurückzahlen, ... Falls ihre (ausländischen) Kreditgeber sie zu sehr unter Druck setzen, stellen sie einfach die Zahlungen ein. Nach einem Zahlungsausfall geht das Leben ziemlich genauso weiter wie vorher! (einige Milliardäre hätten Verluste!)

Eine Staatsverschuldung führt nicht zu einer Nettobelastung für zukünftigen

Generationen.(Im Gegenteil): Der Versuch sie abzubauen, stellt tatsächlich eine Nettobelastung künftiger Generationen dar! (Das heißt, das Sparen auf Kosten der Bevölkerung führt zur Belastung aller und reduziert unser Einkommen ebenso wie auch das unserer Kinder – Sparen für die Zukunft wird so eine Illusion)

(derstandard.at/Schuldendilemma-Ein- Königsweg-der -nur-zur Neubelastung führt.)

Die Regierung könnte die Banken verstaatlichen, die dann an die Menschen das Geld zu leistbaren Zinsen verborgen. Dazu wären ja Banken ursprünglich da.

Die Schuldenbremsen haben u.a. die Funktion, die Lohn- und Sozialkosten für die Unternehmer zu senken, den Arbeitsmarkt noch flexibler zu machen, womöglich alle Kosten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen. Für die europäischen, vor allem für die deutschen Unternehmer heißt das ja z.B. in Griechenland, dass sie sich wichtigste Teile der griechischen Wirtschaft, der Energie-Ressourcen, Häfen usw. billigst aneignen können, dass die „Ware“ Arbeitskraft so billig wie noch nie wird (Senkung des monatlichen Mindestlohns von 751.-€ auf 568.-€) und es zur Verschleuderung des gesamten Volks=vermögens kommt und Griechenland insgesamt in eine neokolonialistische Abhängigkeit gerät. Nun kommt es auch schon in anderen EU-Ländern, wie Irland, Portugal, Spanien, Italien durch die sog. Staatsschuldenkrise, die ja gleichzeitig ein riesiges Profitfest für die großen Kapitalgruppen ist, zum billigsten Ausverkauf ihrer Ressourcen, ihre Unternehmen.

„Des Einen Leid“, das sind die Millionen Menschen in Europa, die noch mehr zum Handkuss kommen, noch mehr Opfer bringen sollen,

„Des Andren Freud“, das ist die Handvoll der Milliardäre u. ihrer Handlanger.

Unterordnen unter das Diktat der EU – das sei Österreichs einziger Ausweg aus der Krise! Das hören wir bald täglich. Oder auch: Nur Deutschland mit seiner starken Wirtschaftskraft könne uns retten. Das wird überhaupt oft als Rezept für die EU verkauft?

Sparen für die Profite der Reichen

Die EU hat sogar in ihren Satzungen das Prinzip, dass das private Kapital Milliarden Euro auf Kosten des Staates, also unserer aller Steuern, verdienen muss!

Der Paragraph 123 im EU-Vertrag von Lissabon lautet:

Verbot von Zentralbankkrediten (EZB, nationale ZB) an öffentliche Organe (Art. 123, VAE),

im Klartext ist dies das Verbot für unsere eigene Zentralbank, direkt vom Staat österreichische Staatsanleihen zu kaufen. Das heißt, laut EU-Recht dürfen sich die Staaten nicht billig Geld von ihren Notenbanken verschaffen, sondern müssen (!) das Geld von den Banken, d.h. von den großen Finanzkapital=gruppen ausborgen, denen sie es erst zu niedrigsten Zinsen geliehen haben. Ein riesiges Geschäft für die Banken! Das gesamte EU-Recht dient dem Kapital und seinem grenzenlosen Profit und nicht den Menschen. Natürlich könnte ein Staat solche Gesetze, wenn es den politischen Wille gäbe, ignorieren. Sowohl die US-Notenbank als auch die Britische u. Japanische Notenbank taten es. Im Jahr 2009 betrug die Verzinsung für die österreichische Staatsschuld 6,718 Mrd. Euro, die gesamte Staatsschuld 168,715 Mrd. Euro. Hätte Österreich seine Anleihen direkt an die EZB bzw. ÖZB(Österreichische Zentralbank) verkauft, hätte man sich 4,6 Mrd. Euro der 6,718 Mrd. Euro erspart! Beim Budgetdefizit 2010 hätte man sich von den 9,6 Mrd. Euro ca. die Hälfte erspart, es wären 4,6 Mrd. Euro über geblieben.

Da wären dann 2009 u. 2010 insgesamt schon 9 Milliarden übrig geblieben, schon über 1/3 der 26 Milliarden, die man jetzt bei uns durch die Sparmaßnahmen der sog. Schuldenbremse einkassieren will.

Im Übrigen zahlt allein der Bund 2012 für seine ca. 200 Milliarden Euro Schulden ca. 9 Milliarden Euro Zinsen, zu 97 % ist Österreich dabei im Ausland bei Finanzmilliardären und Banken verschuldet!

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat jetzt 2012 weitere Gelder für die Banken bereitgestellt! Die Banken können nun wieder 3 Jahre lang unbegrenzt Kredit aufnehmen! Sie bekommen so viele Milliarden wie sie brauchen, zum Zinssatz von 1,25%. Knapp 490 Milliarden haben sie schon 2011 erhalten. Ca. weitere 500 Milliarden, so schätzt die Deutsche Bank, werden nun in der 2. Runde von der EZB an die Banken vergeben! Das Geld verleihen diese dann an ihre Staaten z.B. zu 4% und an den kleinen Kunden zu 7%, 8%, 10% und mehr. Ein todsicheres Geschäft! Schon 2009 hatten sich die europäischen Banken 442 Milliarden Euro von der EZB ausgeborgt. Die Bankenbesitzer u. ihre Großkunden freuen sich auf weitere riesige Gewinne. Die Staatsschulden wurden durch die Spekulation der schwerreichen Investoren herbeigeführt. Nun verdienen sie wiederum an deren Rückzahlung. Wir zahlen dann das Defizit!

Diese von der EZB vergebenen Milliarden, bergen, so die Presse 2.2.2012 „erhebliche Risiken.“ „Denn die Banken „hinterlegen als Sicherheiten meist wieder Staatsanleihen bei der EZB. Kommt es zu Zahlungsausfällen, müssen sich die Notenbanker etwas einfallen lassen.“ Das heißt für uns, wenn die Banken die Milliarden nicht zurückzahlen können - z.B. weil die Staatsanleihen - wegen der CDS Spekulation in den Keller rutschen, sind wir, die Steuerzahler, wieder „dran“. Die EZB stellt also den Banken und ihren Aktionären Milliarden für weitere Geschäfte zur Verfügung.

EFSF u. ESM

Zusätzlich zu diesen Milliarden beschloss der Europäische Rat schon 2010, im Zuge der Diskussion um den sog. Euro-Rettungsschirm, die Gründung des EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität), der schon 750 Mrd. € an die Banken billigst verborgte. Nun soll ab Mitte 2012 sein Nachfolger der ESM dieses „gute Werk“ fortführen. Schon beim EFSF sagte der Chef des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) Hans-Werner Sinn: Das 750 Milliarden Euro-Rettungspaket „helfe vor allem auch den Banken, die in Griechenland investiert hätten – also den Spekulanten. Diese hätten auf die Rettung gedrängt, weil der Marktwert der Wertpapierforderungen gegenüber Schuldländern weiter zu fallen drohte.“ (Presse: 21.5.2010) Rechnet man die Hilfspakete für die Banken aller europäischen Länder zusammen, so wurden schon 1,7 Billionen Euro an Steuergeldern der EU-Bürger bereitgestellt. Da geht das Geld hin! Der ESM 2012 ist derzeit schon mit weiteren 500 Milliarden Euro (an Steuergeldern der EU-Bürger) ausgestattet und es wird sogar von noch einer weiteren Aufstockung bis auf 1,5 Billionen gesprochen! Und die Regierungen in Europa kümmern sich nicht um den „Volkswillen“ u. agieren als willfährige Diener des Finanzkapitals. Euro-Länder bekommen also vom EFSF Gelder. Der ist aber ebenso wie der ESM, kein staatlicher Fond sondern eine privatrechtliche, anonyme Gesellschaft, in die Kapitalgruppen privat investieren können und dafür Zinsen bekommen, momentan 3,5 %, das ist doppelt so hoch wie bei deutschen Staatsanleihen! Auch der EFSF hat derzeit ein AAA Rating, auch gegen ihn kann man spekulieren! Der EFSF ist also von seiner Konstruktion her wieder nichts weiter als eine Bank!

Ein weiterer Aspekt, der den Banken und ihren Kunden ungeheuer riskante d.h. spekulative Geschäfte ermöglicht, ist die Tatsache, dass die europäischen Banken

„immerhin neun Billionen (9000 Milliarden Euro) an Einlagen verwalten. Dem stehen aber ihre Bankguthaben bei der Europäischen Zentralbank (EZB) von nur rund 260 Milliarden Euro gegenüber. Mit dem Bargeld, das die Banken bei der Zentralbank abheben können, können sie also nicht einmal ein Dreißigstel der Einlagen auszahlen. Das ist auch von der Zentralbank so abgesegnet, denn die Banken müssen im Euro-Raum nur absurd niedrige zwei Prozent der Kundeneinlagen in Reserve halten. Die restlichen 98 Prozent können sie verleihen. Und wenn das Geld wieder auf einem Bankkonto landet, können sie erneut 98 Prozent davon wieder verleihen, so lange, bis der Wert der zusätzlich geschaffenen Bankguthaben auf maximal das 50-Fache der ursprünglichen Kundeneinlage angewachsen ist. (...) Für die knapp neun Billionen Euro an Guthaben, welche die Banken mit einem Federstrich geschaffen haben, bekommen sie, wenn sie eine Zinsmarge von einem Prozent schaffen, 90 Milliarden Euro Zinsen. Das macht den Reiz des Systems aus“.

(P.Schreyer: Geld aus dem Nichts - 18.12. 2011. www.heise.de/tp/artikel/36) Das heißt, die Banken können 50 Mal soviel Geld verleihen, als sie haben! Das trägt schon ein ungeheueres Risiko für einen Crash in sich u. wer zahlt das dann?? Doch so läuft das bei den Reichen, sie vermehren ihr Vermögen z.B. um 90 Milliarden mit dem Verborgen von Geld, das sie gar nicht haben und wir tragen das Risiko und finanzieren dann jegliche Ausfälle mit unseren Steuern. Übrigens hat der neue Chef der EZB, der frühere Goldman- Sachs Banker M. Draghi, im Dezember 2011 die Mindestreserve der Banken von zwei auf ein Prozent gesenkt! Dadurch wurden noch ca. 100 Milliarden Euro mehr für die profitablen Geschäfte der Banken verfügbar!

Ein Großteil der Milliarden Spekulationsgeschäfte scheint nirgendwo offiziell auf.

Dazu die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ-net 28.9 . 2011):

„Im ersten Halbjahr 2009 belief sich das Volumen des nicht an der Börse getätigten Derivat Handels (Spekulationsgeschäften) auf der Welt nach Schätzungen auf 414 Billionen Dollar (= 414 000.Milliarden). Fällt bei solchen Geschäften ein Partner aus, gibt es bisher keine umfassende Absicherung. Das kann den gesamten Finanzmarkt erschüttern - wie bei der Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers 2008.“

Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt.

Laut einer WIFO Berechnung bräuchten 0,05% europäische Finanztransaktionssteuer auf alle Transaktionen u. Derivate 310 Milliarden Euro im Jahr. D.h. das WIFO geht von 620 000 Milliarden! Euro aus. Bei 1% Steuer wären das 6200 Milliarden Euro, das würde schon 2/3 aller europäischen Staatsschulden von 8000 Milliarden Euro decken. So einfach ginge das und doch - das passiert seitens des Kapitals und seiner Diener freiwillig nie!

Geld ist soviel da, dass niemand mehr sich um seine Existenz sorgen bräuchte. Doch es landet bei dem 1% der Superreichen und dem Volk fehlt es.

Auch in Österreich ist die Umverteilung des Geldvermögens in den letzten 10 Jahren noch stärker zugunsten der Reichen und Superreichen erfolgt. Heute besitzen 0,1 % (3400 Haushalte) der Österreicher mehr als 8% des Brutto-Geldvermögens, das ist genauso viel wie die gesamte untere Hälfte (1,8 Millionen) der Haushalte. Die obersten 10% besitzen heute ca. 65% des Geldvermögens! Die Zahl der Millionäre in Österreich betrug 2011 74000, ihr Vermögen stieg um über 10% auf 550 Milliarden €. Das Finanz - u. Immobilienvermögen beträgt ca. 1400

Milliarden, 25% davon besitzen die Obersten 1% (Quelle: Arbeiterkammer)
Das Volk jedoch zahlt: 73% der Steuereinnahmen kommen aus der Lohn- und der Mehrwertsteuer!
Dabei sind die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten bei uns seit dem Jahr 2000 real um 10% gesunken. Die Lohnquote in Österreich hat sich in den letzten Jahren stetig verringert, besonders stark seit dem Jahr 2000. (2000 noch 61%, 2008 nur noch 56% des Volkseinkommens)

Nicht wir „leben über unsere Verhältnisse“, wie uns heute tagtäglich die Politiker und die Finanzfachleute einreden wollen. Die Superreichen, sie leben auf unsere Kosten, sie „leben über unsere Verhältnisse“, und bedrohen unser aller Lebensstandard, ja unsere Existenzgrundlage!

Die EU will man uns oft als Gemeinschaftsprojekt zum Wohle aller, als Demokratie und Fortschrittsprojekt verkaufen! Das Gegenteil ist wahr. Mehr denn je werden durch das Diktat der EU-Oberen und ihrer Hintermänner Arbeitsrechte, soziale Rechte und die Grundlagen der Demokratie abgebaut.

USA führt Wirtschaftskrieg und Kriege
Schon die Weltwirtschaftskrise 2008 mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers diente nach Ansicht von Fachleuten dem US-Finanzkapital auch dazu, das europäische Finanzkapital, d.h. die europäischen Banken und Aktiengruppen, die eine starke Konkurrenz für die USA sind, auf den Finanzmärkten zu schwächen. Damals haben die drei größten globalen Finanzriesen Citigroup, JP Morgan Chase und Goldman Sachs auch schon über längere Zeit die europäischen Banken mit hochriskanten Wertpapieren geködert. Das hat u.a. im Anschluss an die Krise 2008 auch die Kurse größerer europäischer Unternehmen zum Sinken gebracht, sodass diese dann auf den Börsen von Investoren billiger zu erwerben waren. Die Supermacht USA führte auch in den

letzten 3 Jahren weiterhin gegen ihre schärfsten Konkurrenten, die großen EU-Staaten, Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet, auch die sog. Schuldenkrise ist ein Ausdruck dafür. Die Milliarden-Spekulation vor allem vom US-Finanzkapital gegen europäische Staatsanleihen schwächt die Euro-Zone. US-Finanzminister Geithner verlangte auch offen von der EU, den Rettungsschirm für die Banken (=für ihre Großkunden) unbegrenzt auszuweiten.

Wirtschaftlich ist Europa schon Nr.1 (!) auf der Welt, das Jahresbruttonationalprodukt der EU-Staaten ist schon höher als das der USA. Die USA spielen die europäischen Staaten gegeneinander aus, schließen mit einzelnen Staaten Abkommen, wie z.B. mit Polen, das in der NATO Mitglied ist und den US-Raketenschirm aufstellen lässt und anderen früheren „Ostblockstaaten“. Sie weiten in ihrem Kampf um Einfluss-sphären und Rohstoffquellen, den Einfluss des Dollarblocks aus und versuchen auch die Kooperation zwischen Europa und Russland bzw. China, den größten und stärksten Staaten zu torpedieren. Die USA führen aber nicht nur Wirtschaftskrieg. Sie setzen gleichzeitig überall in der Welt auf Krieg um ihre Vorherrschaft auszubauen.

Militärisch ist die USA die einzige Supermacht. Sie kurbeln immer mehr ihre angeschlagene Wirtschaft über Kriege an. Das Militär ist schon lange der weitaus größte Arbeitgeber des Landes und die Rüstungsindustrie ist einer der am besten florierenden Wirtschaftssparten.

Und 90% der Rüstungsgüter kauft der US Staat!

Kriegsvorbereitungen gegen Russland und China

Unter dem Vorwand für Demokratie, Menschenrechte, freier Warenverkehr, für die Werte des freien Westens einzutreten, nehmen sich die USA das Recht, jedes ihnen nicht genehme Regime zu stürzen. Das war im Irak so

(ca. 1 Million Tote Iraker), in Libyen, das ist in Afghanistan so und zunehmend im Iran. Und wo immer sich Menschen erheben, wo Unmut und Widerstand zunimmt, dort versuchen sie die Bewegungen für sich zu vereinnahmen und ihnen die Spitze zu nehmen, siehe z.B. beim arabischen Frühling. Hauptziel ihrer Pläne sind ihre zwei letzten großen Konkurrenten, Russland und China! Die Regierung Obama spricht zwar vom Sparen beim Militär, doch wenn überhaupt wäre das Sparen auf hohem Niveau, geplant sind ca. 35 Milliarden pro Jahr auf 12 Jahre, bei einem derzeitigen Jahresbudget von ca. 700 Milliarden Dollar (exklusive der Kosten für den Irak und Afghanistan) Doch die neue US-Militärdoktrin bedeutet vor allem eine Umgruppierung und Verstärkung der Kräfte und Mitteln bei Marine und Luftwaffe. Diese Strategie heißt AirSea Battle. Das bedeutet eine „verstärkte Kooperation von See und Luftstreitkräften...“, um den Feind aus größtmöglicher Entfernung k.o. zu schlagen. Beobachter gehen davon aus, dass diese Schlachtordnung nur ein Ziel haben kann: Chinas Volksbefreiungsarmee“. (Die Presse: 5.1.2012)

Die großen EU-Staaten - an der Seite der USA und in Konkurrenz zur USA

Doch die großen EU-Staaten sind längst auch dabei, militärisch aufzurüsten, um bei den Verteilungskämpfen um Rohstoffquellen, Einflusssphären mitzumischen und auch so ihre Profite zu sichern. **Sie setzen auch immer mehr auf Krieg!**

Sie haben sich die sog. battle groups geschaffen, die EU-Eingreiftruppe für globale Kriegseinsätze. Schon insgesamt 70 000 Soldaten waren in 22 Einsätzen. Die EU-Staaten bekennen sich auch offen dazu, Kriege für die multinationalen Konzerne zu führen. In ihrer Strategiestudie, der offiziellen Stellungnahme der EU, schreibt der frühere Leiter der EU - Sicherheits- u. Außenpolitik J. Solana: „Die EU hat sich zu einem Akteur mit

globalem Machtanspruch entwickelt u. muss dazu die militärischen Mittel bereitstellen.“...„Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten, sowohl zivil als auch militärisch verfügen, diese politischen Ambitionen zu verwirklichen“...Und T. Ries, ein weiterer Autor der Studie, schreibt, dass in der Welt 2 Gruppen herrschen: „Die erste Gruppe sind die transnationalen Konzerne. (TNK), die 1000 größten Vermögen, die 0,1% der Weltbevölkerung ausmachen!“ (Das ist das Finanzkapital) „Die zweite Gruppe sind die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, sie machen 15% der Weltbevölkerung aus. Sie müssen mit den transnationalen Konzernen, eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere ...Macht als je zuvor. Doch sie (die TNK) brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“ ... „Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“... „Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“..... „Diese

entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“...„Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“...„Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“...„Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“(Link zur Strategiestudie: www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)

Krieg braucht Rüstung/ Rüstung fördert Krieg

Auch im Rüstungssektor wird Europa immer mehr zum Konkurrenten der USA. Deutschland ist schon der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Die EU-Rüstungsausgaben betragen 2010 382 Milliarden! Und die EU-Staaten sind mit einem Anteil von 34% auch 2010 wieder Rüstungsexportweltmeister (USA 30%,

Russland 23%) Die EU hat sich im Vertrag von Lissabon, Protokoll 10, auch eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedstaaten gegeben.

Europas Völker sollen wieder für Großmachtinteressen und deren Profite in Kriege ziehen –unter dem Vorwand für Menschenrechte u. Frieden einzutreten.

Österreich soll dabei, wenn es nach dem Willen der Herrschenden geht, als EU-Mitglied im Rahmen der neuen EU-Kriegstruppen, der „battle groups“ mitmachen und ab Mitte 2012 die gesamte Versorgung einer battle group der EU von 2500 Mann übernehmen. Wegen dieser offensiven Kriegseinsätze haben unsere Machthaber auch die Eurofighter gekauft, Kosten inklusive Betriebskosten Minimum 7 Milliarden Euro aus unseren Steuern auf 20 Jahre. Deswegen soll das Berufsheer kommen, wird die Neutralität ignoriert und soll stillschweigend entsorgt werden. Das dürfen wir nicht zulassen! Unsere Neutralität ist gerade in dieser immer kriegerischer werdenden Welt die Chance für unser Land: Die Erhaltung bzw. Verteidigung der Neutralität sowie die Kooperation Österreichs mit anderen Neutralen ist ein Beitrag zum Frieden!

Auch in Österreich – gefährliche Lügen über die EU!

SP-Kanzler Faymann bzw. die ÖVP wollen uns, ebenso wie die EU-Chefs, weismachen, die EU sei eine Solidargemeinschaft, ein Bollwerk gegen die rechtsnationale Entwicklung in Europa und ein Friedensprojekt.

Das ist eine dreifache brandgefährliche Lüge! Das Gegenteil ist wahr!

Die EU entlarvt sich als das wozu sie schon gegründet wurde: das direkte Vollzugsorgan des Finanzkapitals.

E r s t e n s: Die Regierungspolitik macht uns nicht, wie Faymann und Co behaupten, weniger abhängig von den Märkten – sie treibt uns mit ihrer Politik: Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen – Milliarden für die 1%, jeden Tag mehr in die Abhängigkeit von den Großaktionären. Die EU ist

keine Solidargemeinschaft, wie ihre Agenten behaupten, sie ist eine Profitgemeinschaft von 1% auf Kosten von 99% der Menschen. Z w e i t e n s: Die Ausplünderung der Menschen bzw. die Bedrohung ihrer Existenz= Grundlagen und der Demokratieabbau in der EU treibt die Menschen den rechten Rattenfänger geradezu in die Arme. D r i t t e n s: Die EU ist nicht, wie die Oberen behaupten, ein Friedensprojekt. Sie wird immer mehr zum Kriegsprojekt.

Für die EU- Herrschenden u. für die Machthaber in den einzelnen Ländern ist die sog. Schuldenkrise nur ein Vorwand uns noch weiter und noch mehr auszunehmen und bislang geltende demokratische Spielregeln teilweise oder ganz außer Kraft zu setzen, um das Profitmachen – sei es wirtschaftlich, sei es militärisch und letztlich kriegerisch – ungehinderter durchsetzen zu können.

Für die USA und die großen EU-Mächte ist der Krieg eine Fortsetzung ihrer Politik der Profitmaximierung.

An Griechenland wird ein Exempel statuiert: Wie plündere ich ein Volk total aus und stelle das so dar, als ob die arbeitenden Menschen dort daran schuld trügen und nicht das bestehende Machtsystem der Profitmaximierung in Wirtschaft und Politik mit immer offener werdenden diktatorischen Mitteln. Die Lektion der Herrschenden bei uns für die arbeitenden Menschen bei uns soll lauten: a) seht her, bei uns geht es ja noch viel besser als in Griechenland, b) wenn ihr nicht spurt, dann blüht euch das Gleiche und c) sollen wir glauben, dass es anders als so (Diktat von Kapital und Politik) nicht gehe, wir uns dem eben beugen müssten. Unser Beugen macht die Obersten 1% erst recht reich und stark auf unserem Rücken.

Wir müssen sie an ihrer menschenfeindlichen Politik hindern! Bezahlt wird nicht, gehorcht wird ihrem Diktat nicht, kann daher nur die Devise sein!

Das Schuldenproblem lösen wir mit Krieg

US-Regierungsberater: Aus einem Interview in der «SonntagsZeitung» (SZ) vom 27.2.2011 SZ: Werden die USA das Schuldenproblem lösen können?

Parag Khanna: Nein.

SZ: Das ist eine kurze Antwort.

Parag Khanna: Es wird keinen Staatsbankrott geben, aber der Wert der Schulden wird verringert werden müssen, sei es durch einen Handelskrieg oder einen echten Krieg. Unsere Schulden sind unbezahlbar geworden.

(Parag Khanna, US-Außenpolitikexperte und Regierungsberater im Team von Barack Obama, Direktor beim Thinktank New America Foundation, ab 2007 Berater der US-Streitkräfte und ab 2008 im Wahlkampfteam von Barack Obama)

Feuert die Pensionsexperten

Wer in zehn Jahren hunderte Bewerbungen geschrieben und abgeschickt hat, in dieser Zeit nur kurz einen Teilzeitjob hatte und trotzdem nicht verzweifelt, der ist zu bewundern. Auf jeden Fall ist er kein Einzelfall. Er ist nämlich zwischen 45 und 60 Jahre alt, hat sich durch sein berufliches Leben eine hohe Qualifikation erarbeitet, ist einsatzfreudig und kreativ, möchte etwas leisten und wird nicht eingestellt, weil Firmen junge Kräfte, die weniger verdienen, bevorzugen. Jeder von uns kennt solche Kollegen, die Beschreibung ist nicht aus der Luft gegriffen. Die dauernde Forderung, länger zu arbeiten und die Hinaufsetzung des Pensionsantrittsalters sind die Schreibtischideen der sogenannten Pensionsexperten der Bundesregierung, die vom wirklichen Leben keine Ahnung haben wollen. In

einer österreichischen Tageszeitung wurde kürzlich im Karrieren-Teil auf der Seite 19 darüber philosophiert, dass für das länger Arbeiten das Umdenken bei uns in Österreich fehlt und in derselben Ausgabe auf Seite 44 werden die Fotos von den soeben in Führungsetagen aufgestiegenen Personen gezeigt: die Frauen 28, 33 und 34 Jahre alt, die Männer etwas älter mit 38 oder 45 Jahren. Das seit Jahren praktizierte gebetsmühlenartige Herunterleiern der Forderung, dass die Menschen länger arbeiten sollen, ohne dass konkrete Verwirklichungsvorschläge dafür gemacht werden, wie es durch die Pensions-Experten, die unsere Regierung beraten, geschieht, bzw. eben nicht geschieht, zeugt von der Unfähigkeit dieser Experten.

„Privatisierung ist Diebstahl an der Öffentlichkeit“

Während das Privateigentum durch die Verfassung geschützt ist, sodass im Falle eines staatlichen Projektes und einer dafür „notwendigen“ Enteignung

Entschädigung zu leisten ist, gibt es in „die andere Richtung“, nämlich bei der Veräußerung von „Gemeinschaftseigentum“ durch den Staat an die

Privatwirtschaft keinerlei Schutzbestimmungen. Der Staat kann eine Eisenbahnstrecke, eine Fluggesellschaft oder ein Krankenhaus privatisieren, die Trinkwasserversorgung aus den Händen geben oder Universitäten verkaufen, also den gemeinsamen Besitz, den er treuhänderisch im Auftrag des Souveräns (die Bürger) verwaltet, ungestraft verschleudern, so das Gemeinschaftseigentum immer mehr verringern und dadurch flugs schützenswertes Privateigentum schaffen. „Alles, was durch die Arbeit des Souveräns /der Bürger entstanden ist und geleistet wurde: öffentlicher Dienst und Personenverkehr, Telekommunikation, städtische Straßennetze, Kulturgüter und Landschaftsgestaltung, Schulen, Krankenhäuser; kurzum alle Einrichtungen, die das gesellschaftliche Leben prägen“ sind Gemeinschaftseigentum, das durch Gesetze und Verfassung mindestens in der gleichen Weise geschützt werden müsste, wie bis jetzt das Privateigentum. „Anstatt auf unseren gemeinsamen Besitz acht zu geben, tragen die Regierungen dazu bei, diesen zum Nutzen multinationaler Konzerne auszubeuten und begeben sich in eine Position der Abhängigkeit und Schwäche gegenüber Unternehmen, die ihnen ihre Privatisierungs-, Landnutzungs- und Bewirtschaftungspolitik diktieren.“ Erschwerend kommt hinzu, dass Regierungen (eigentlich die Diener im System) „inzwischen von einer gefährlichen Spielsucht befallen sind und sich verstärkt über Kredite statt durch

Steuereinnahmen finanzieren. Damit haben sie sich in die Hände von Geldgebern begeben, die offenkundig stärker sind als sie.“ Siehe Eurokrise! Diese, die Geldgeber und Spekulanten stürzen sich gierig auf die Ressourcen, wie auf ein üppiges Buffet und fressen in Kürze alles auf. „Wer Geldwirtschaft, privaten Grundbesitz und Lohnarbeit am effizientesten nutzen kann, vereinnahmt und vernichtet zu rein kommerziellen Zwecken einzigartige und nicht reproduzierbare Werte. Nur ein winziges Beispiel: Der gesamte Regenwald einer kleinen indonesischen Insel wurde abgeholzt, um Essstäbchen zu erzeugen, die nach einmaligem Gebrauch weggeworfen werden. Getrieben von den Interessen der Manager und Aktionäre sowie der Staaten und ihrer führenden Politiker, streben sie nach einem schnellen, eigennützigem Gewinn und verbergen ihr Verhalten hinter einem dichten ideologischen Nebel“, indem sie zum Beispiel behaupten, dies alles im Dienste der Allgemeinheit und des Fortschrittes zu tun.

Die Rolle der Regierungen sollte die des vertrauenswürdigen Verwalters sein, nicht die des Eigentümers, dem es frei steht, sein Vermögen zu verschwenden.

Eigentümer sind diejenigen, die alles erarbeitet haben.

Wir dürfen uns unser Eigentum nicht aus den Händen nehmen lassen!

Wir dürfen uns nicht von den Regierungen bestehlen lassen!

Quelle: LE MONDE *diplomatique* 1/12

Der Schatten des Glanzes des Opernballes

Billetteure am Opernball arbeiteten vierzehn Stunden in einem Stück. Das ist arbeitsrechtlich nicht erlaubt. Ein entsprechendes Ansuchen um eine Ausnahmegenehmigung lag nicht vor. Der Stundenlohn liegt zwischen sieben und acht Euro. Auch die Ruhezeit nach

diesem Mammuteinsatz betrug nicht, wie vom Gesetz vorgeschrieben, mindestens elf Stunden, wie eine anonymisierte Mitarbeiterin des Opernballes im ORF aussagte. Opernball-Chefin Treichl-Stürgkh auf diese Tatsachen angesprochen entgegnete süffisant lächelnd etwa so: „Na ja, die Hauptarbeit

ist doch mit 23 Uhr vorbei, dann haben es die Arbeiter in der restlichen Nacht ohnehin nicht so schwer an diesem schönen Arbeitsplatz und können

vielleicht auch tanzen. Wenn es der Person, die sich darüber beschwert zuviel ist, dann soll sie es nicht machen, dann macht es jemand anderer!“

2012 – Neusprech – nicht von George Orwell

Die Mächtigen machen sich die Sprache zum Gehilfen. Sie sagen zu Entlassungen „Freistellungen“, zur Zwangsernährung in Schubhaft „Heilbehandlung“, zu Arbeitslosen „Ich-AG“, zum Kriegsministerium „Verteidigungsministerium“, zu Pensionsminderung „Pensionssicherung“, zur Kürzung von Sozialhilfe „Erhöhung der Treffsicherheit“, zur massenhaften Tötung von Menschen im Krieg „Kollateralschaden“, zu zielgerichteten Zerstörungsmaschinen „intelligente Waffensysteme“, zu Menschen im Krieg „weiche Ziele“, zu Abschiebehäft „Ausreisezentrum“, zur Belastung Ärmterer „notwendige Anpassungen“, zur erfreulichen längeren

Lebenserwartung „Überalterung“. Das Absacken von Aktienkursen heißt „Gewinnwarnung“, die Schließung von Postämtern oder Reduzierung von Dienstleistungen in strukturschwachen Regionen heißt „Angebotsoptimierung“, Niedriglöhne, von denen niemand leben kann, heißen „Differenzierung der Lohnstrukturen“. Anstatt über die Risiken der österreichischen Banken im Ostgeschäft oder über eine Armutsbremse zu reden, reden alle über eine „Schuldenbremse“.

(Quelle: Kirche intern)

Und die EU-Militarisierung heißt „Friedensprojekt!“

H5N1 kann fliegen

H5N1, besser bekannt als Vogelgrippevirus konnte bisher wirklich gut nur Vögel infizieren und kann sich nun mit Hilfe menschlicher Forschung auch in der Luft durch feine Tröpfchen exzellent ausbreiten und ist somit auch von Mensch zu Mensch leicht übertragbar. Der intensive Kontakt zu Vögeln, etwa in einer Hühnerzucht ist also nicht mehr von Nöten um sich anzustecken.

Nur zur Hintergrundinformation, dieses Virus wurde 1996 in China entdeckt und hat sich bis ins Jahr 2006 über Vögel bis nach Mitteleuropa durchgeschlagen. Seit 2003 wurden auch 578 Menschen befallen, von welchen 340, also knapp 60 % an den Folgen gestorben sind. Zum Vergleich, die berühmte spanische Grippe hat nach dem 1. Weltkrieg etwa 0.5 Prozent der infizierten zu Tode gebracht und die gewöhnliche saisonale Grippe fordert etwa 0,003 Prozent Todesopfer. Dieses, nunmehr besonders

für Menschen ganz gefährliches H5N1Virus wurde mit Fördergeldern der amerikanischen Regierung, genauer des National Institutes of Health (NIH) sowohl von einem Forscherteam in Holland als auch einem in den USA entwickelt um die potentielle Virulenz für Menschen auszuloten und eventuelle Gegenmaßnahmen zu erforschen. Berater der gleichen US Regierung, das „National Science Advisory Board for Biosecurity“ unternahm nun einen außergewöhnlichen Schritt und ersuchten das wissenschaftliche Magazin Science methodische Details dieser Virusverschärfung nicht zu publizieren um eventuelle terroristische Gefahren durch den Einsatz dieser Viren zu verringern. Abgesehen von meiner Meinung, dass man einen Krankheitserreger ja nicht besser bekämpfen kann wenn man ihn noch tödlicher oder infektiöser macht, sollten gerade die USA nicht wirklich hilflos einer solchen Vogelgrippepandemie ausgeliefert sein.

Seit 2004 wurde die Entwicklung eines Impfstoffes gegen H5N1, also die erst heute 2012 für Menschen höchst gefährliche Vogelgrippe finanziert und 2007 wurde schon der erste Impfstoff in den USA zugelassen. Sowohl der Regierung Bush als auch der Regierung Obama wurden und werden dabei ganz enge Beziehungen zu großen Pharmakonzernen nachgesagt, die riesige Gelder für die Entwicklung von Vogelgrippeimpfstoffen kassierten und sicher noch ein Vielfaches beim Ausbruch einer Pandemie, wie bei der Schweinegrippepandemie 2009 verdienen würden. Zahlreiche Pannen haben diese Impfstoffentwicklung auch begleitet, so starben nach Berichten des London Telegraph vom 2. Juli 2008 bei einer Studie, die einen Impfstoff des Pharmariesen Sanofi Aventis (Regierung Bush Nähe) betrafen, 21 polnische Obdachlose und 200 weitere zeigten Nebenwirkungen oder mußten im Krankenhaus betreut werden; die Firma Baxter (Regierung Obama Nähe) wieder verschickte im Februar 2009 von ihrer österreichischen Niederlassung einen mit „lebenden“, virulenten Vogelgrippeviren verunreinigten normalen Grippeimpfstoff aus, der in Kombination mit der normalen saisonalen Grippe das Potential zum Auslösen einer Pandemie gehabt hätte. Nun haben schon alle Pharmariesen einen Impfstoff gegen die Vogelgrippe und es würde nur noch der entsprechende Krankheitsausbruch fehlen, um wie 2009 bei der Schweinegrippepandemie das große Geschäft zu machen.

Schon diese Schweinegrippepandemie wurde von einigen Wissenschaftlern bei einer öffentlichen parlamentarischen Anhörung bei der Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 26. Januar 2012 als Trick der Pharmaindustrie um Profite einzufahren, bezeichnet. Ohne irgendwelche Verschwörungstheorien zu spinnen, gewinnt man bei der Erzeugung eines hochgefährlichen Virus durch den Menschen, ganz egal ob es zum Schutz vor der möglichen Entstehung von „natürlichen“ Viren in Tierfabriken für Schweine oder Hühner, zum Schutz der Bevölkerung vor Bioterror (homeland security) oder zum Zweck ihn ganz offiziell als Biowaffe zu nutzen oder ein gutes Geschäft mit der nächsten Pandemie einzufahren, den Eindruck, dass hier ganz finstere Mächte oder mächtige Finsterlinge ihr frivoles Spiel mit der Gesundheit und der Angst von zahlreichen Menschen treiben, um ihre Macht und oder ihre Profite zu steigern.

PS: In Schweden wurden 65% der Bevölkerung gegen die Schweinegrippe geimpft. In Neuseeland und Australien wurde niemand geimpft. Es gab keinen Unterschied in der Zahl der Erkrankungen und Todesfälle. In Schweden sind 150 Kinder aufgrund einer Impfreaktion an Narkolapsie (Schlafkrankheit) lebenslang geschädigt. (Quelle: Svenska Dagbladet, 18. 2. 12)

Irgendjemand hat über unsere Verhältnisse gelebt

Von den von den arbeitenden Menschen erwirtschafteten Erträgen verdunstet das meiste in den Himmel der Reichen nach oben. Das bisschen, das übrig bleibt, reicht für viele nicht zum Existenzminimum. Minimale Löhne, Probleme für

ältere Menschen am Arbeitsmarkt, Selbstbehalte im Gesundheitsbereich usw. Die Armut ist für ein reiches Land wie Österreich zu hoch, die Verteilung des erwirtschafteten ungerecht und in Händen derer, die ihre Gier nicht

beherrschen können. Die im Zusammenhang mit Eurokrise, Sparpaket und „notwendigen“ Kürzungen im Sozialbereich von den Herrschenden immer wieder verwendete Floskel „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt!“ kann also nicht für die gelten, die eh nix haben, um über ihre Verhältnisse zu leben. Über ihre Verhältnisse haben sicher nicht jene Österreicher gelebt, die am Rande der Armutsgrenze oder darunter um ihre Existenz ringen müssen, sondern jene,

die den Rahm abschöpfen und bei satten Gewinnen aus Firmen, Spekulationsgewinnen und Bankzuschüssen auf der Sonnenseite des Lebens das von uns arbeitenden Menschen erwirtschaftete Geld verprassen oder in Steueroasen und Stiftungen bis zum St. Nimmerleinstag parken können. Diese Schmarotzer haben über unsere Verhältnisse gelebt und uns das weggenommen, was wir für halbwegs geordnete und menschliche Lebensumstände bräuchten.

Armes Österreich

In der gehobeneren Gesellschaftsklasse bei Managern und Führungskräften ist es in, sich eine Auszeit zu nehmen. Sie können es sich auch leisten mehrere Monate wegzubleiben. Im Gegensatz dazu rackern viele Österreicher bei Löhnen oder Pensionen von 600 bis 1.000 Euro vor sich hin, sind genauso wie die Führungskräfte dem Druck ausgesetzt, drohendem burnout; dazu die tägliche Sorge: wie auskommen mit dem bisschen Geld! Für diesen Personenkreis gibt es keinerlei Möglichkeit eine Auszeit

zu nehmen, eine Reise zu machen, sich zu erholen. Eine Million Österreicher lebt an der Armutsgrenze! Und was jene, die jetzt 600 bis 1.000 Euro Gehalt beziehen, später einmal als Pension bekommen, davon werden sie nicht wirklich leben können. USA-Verhältnisse drohen: Mit achtzig und neunzig als Kellner oder Reinigungskraft dazu verdienen müssen, um überleben zu können.

Wir werden arm gemacht! Wehren wir uns doch dagegen!



In Griechenland haben im vergangenen Jahr 320.000 Menschen ihren Job verloren, 250.000 sind auf Suppenküchen angewiesen. Während Tausende gegen das von der Regierung umgesetzte Sparpaket demonstrieren, versinken viele Griechen in Hoffnungslosigkeit. Die Ratingagentur Fitch rechnet ebenso wie Standard&Poor's mit einem Staatsbankrott

Bonmotscherls:

- ☉ Früher haben die großen Gangster Leibwächter gehabt und jetzt haben sie Ratingagenturen. Werner Schneyder KURIER 15.1.2012
- ☉ Ratingagenturen sind nichts anderes als Folterwerkzeuge des US-Imperialismus. OÖ-Raiffeisenlandeschef Ludwig Scharinger im KURIER am 23. Jänner 2012
- ☉ Wenn das Weltklima eine Bank wäre, hätte ich es schon gerettet. Von einem deutschen Kabarettisten Angela Merkel in den Mund gelegt.
- ☉ Die österreichischen Betriebe haben 2010 eine um 17% verringerte Steuerleistung erbracht. KURIER, 6.1.2012
- ☉ Die da oben ziehen uns jetzt langsam über den Tisch, damit wir die Reibungswärme als Nestwärme wahrnehmen. Einfacher österreichischer Steuerzahler
- ☉ Niemand hat das Recht zu gehorchen! Hannah Arendt
- ☉ Viel besser als eine Bank zu berauben ist es eine Bank zu gründen. Bert Brecht
- ☉ Wer das Kapital nicht angreift, wird angegriffen. Engagierter österreichischer Steuerzahler
- ☉ Das gegenwärtige System unterstützt den Diebstahl der Reichen an den Armen. Nachdenklicher österreichischer Steuerzahler
- ☉ Angst vor Anarchisten? Der wirkliche Anarchist ist das Kapital.
- ☉ „Die Amerikaner leben, um zu arbeiten, im Gegensatz zu den Europäern, die arbeiten um zu leben“ gibt die Presse süffisant eine Studie der WELTBANK wider.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida,

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at